

in Freiheit wie der KZ-Chef Anton Ganz oder der SS-Sturmbannführer Gerhard Erren, dessen Schuld am Tod von 15 000 Juden gerichtlich festgestellt worden war. Wegen Krankheit verschont blieben so prominente Hitler-Verehrer wie der Mediziner Horst Schumann, dereinst Kollege des KZ-Arztes Josef Mengele und später Bezirksarzt der ghanesischen Regierung. Unbehelligt blieb auch Heydrich-Vertrauter Bruno Streckenbach, der als Amtschef im RSHA auch zuständig war für die Einsatzgruppen.

Manch einer der alten Kameraden, die sich der Strafe entziehen konnten, haben, so scheint es, ihre Freiheit dem nun weiterhin auf freiem Fuß lebenden Best zu verdanken. Denn der Stinnes-Justiciar, der im Nachkriegsdeutschland als ehrenwerter Mann galt, ist in den NS-Prozessen der sechziger Jahre häufig als

WEINPANSCHER

Völlig unbehelligt

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des Mainzer Landtags, der diese Woche die ersten Zeugen vernimmt, soll klären, wer für die Weinpanschereien in Rheinland-Pfalz verantwortlich ist.

Otto Meyer, Weinbauminister von Rheinland-Pfalz, legte sich mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaft an: Die Europa-Funktionäre in Brüssel hatten die Winzer seines Landes verärgert.

In einer Auskunft an das Europa-Parlament hatte die EG-Kommission un-

Woche beginnt, vorerst 20 Zeugen vorgeladen.

Darunter sind außer Meyer selbst der wegen seiner Justiz-Skandale ausgeschiedene Minister Otto Theisen, hohe Ministerialbeamte, Leiter von chemischen Untersuchungsämtern, Weinkontrolleure und Verbandsfunktionäre. Überdies hat der Ausschuß bereits 2000 Blatt Akten angelegt.

Aufklärungsbedürftig erscheint der SPD-Fraktion, die den Ausschuß beantragt hatte, nicht nur die Verfälschung von Wein durch Flüssigzucker, sondern auch die „Germanisierung“ von Importweinen. Allein von 1978 bis 1980 wurden nach gesicherter Erkenntnis der Staatsanwaltschaft an Mosel und Rhein in 2506 Fällen mindestens 5,7 Millionen Kilo Rübensirup zur Verfeinerung deutscher Qualitätsweine gesetzwidrig verwendet. Und auf 600 bis 1000 Millionen Liter wird die Flut billiger Auslandsweine geschätzt, die unter klingenden deutschen Namen verkauft wurden.

Gegenstand der Untersuchung ist vor allem, ob das Mainzer Meyer-Ministerium „öffentliche und behördeninterne Hinweise“ auf die Mißstände außer acht gelassen hatte. Tatsächlich sind die Manipulationen schon lange bekannt.

Mit wachsender Sorge verfolgte zum Beispiel „Die Weinwirtschaft“, das maßgebende Fachblatt, „die steigende Wirtschaftskriminalität in den eigenen Reihen“. Immer mehr Winzer, so warnte das Blatt bereits 1973, zuckerten „immer größere Mengen ihrer Moste völlig unbehelligt auf Kabinett, Spätlese oder Auslese hoch“. Schon 1974 errechneten die Fachjournalisten aus der Statistik der Qualitätsweinprüfung das ganze Ausmaß des Spätlesewindels. Er betraf über die Hälfte der rheinland-pfälzischen Prädikatsweine.

Für das Mainzer Ministerium war das „Rufmord“. Doch auch für das bayrische Landesuntersuchungsamt Würzburg geriet die „Flut der manipulierten Spät- und Auslesen“, die mit Zucker hochgestreuselt waren, „zum immer größeren Ärgernis“ und gar zum „Notstand“.

„Es ist bekannt“, urteilte das Landgericht Landau in einem Weinprozeß, „daß die zuständigen Behörden häufig stillschweigend etwas dulden, was nicht erlaubt ist.“

Von 1974 bis 1978, fand der Weinhandelsfunktionär Carlos Schulz-Knappe heraus, wurden im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer gut 13 Prozent und in Rheinhessen zehn Prozent mehr Prädikatsweine amtlich geprüft, als überhaupt geerntet worden waren – eine Übermenge von 700 000 Hektolitern oder 100 Millionen Flaschen. Nur der Weinbauminister in Mainz blieb gelassen. Otto Meyer erkannte keinerlei Anzeichen von „dramatischen Mißständen“.

Kein Wunder. Die staatliche Aufsicht nämlich funktionierte nach dem Prinzip:



Weinbauminister Meyer (r.): Starke Worte, schwache Kontrollen

Entlastungszeuge angetreten. Beschlagnahmte Korrespondenz weist ihn gar als eine Zentralfigur der „Kameradenhilfe“ aus.

„Der war“, sagt ein Ermittler, „wie eine Spinne im Netz.“ Das Berliner Kammergericht konstatierte 1969, Best sei „auch heute noch gewillt, sich schützend vor Personen zu stellen, die schwerster Verbrechen beschuldigt werden, und zwar allein deshalb, um sie nach Möglichkeit der Bestrafung zu entziehen“.

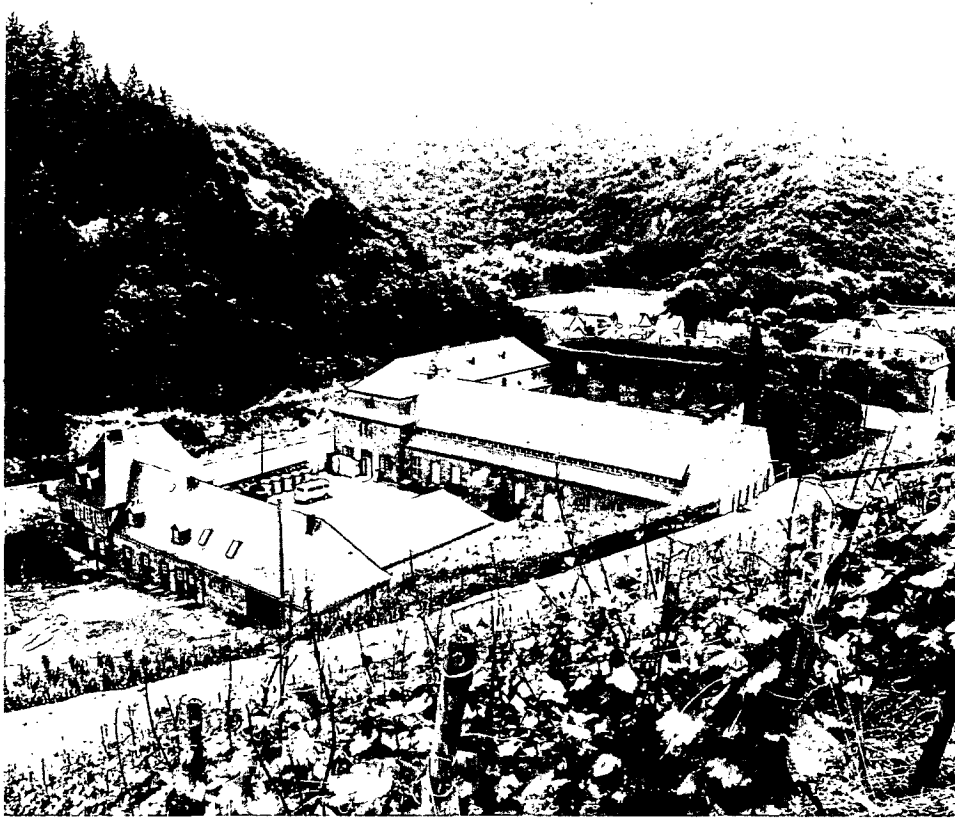
Daß die 1029 Seiten starke Anklageschrift gegen Best nun in den Gerichtsarchiven verstauben wird, haben Kenner frühzeitig schon geahnt. Als der Berliner Generalstaatsanwalt Hans Günther 1963 einem süddeutschen Kollegen seine Schwierigkeiten mit der Best-Dienststelle schilderte, erwiderte der Ankläger: „Warum haben Sie's denn überhaupt angefangen, Herr Kollege?“

terstellt, daß auch an der Mosel „nicht unerhebliche Mengen“ Weines „in betrügerischer Weise gezuckert“ worden seien. Solche Gerüchte zu kolportieren, erboste sich Meyer, halte er für eine „an Amtsmissbrauch grenzende Leichtfertigkeit“.

Das war vor sechs Jahren. Heute steht Meyer nach den starken Worten um so kläglich da. Er geriet in Verdacht, die inzwischen massenhaft aufgedeckten Ungesetzlichkeiten durch lasche Amtsführung ermöglicht oder erleichtert zu haben.

Ein eigens vom Mainzer Landtag eingesetzter parlamentarischer Untersuchungsausschuß soll den Fall nun endlich klären. Die elf Abgeordneten von CDU, SPD und FDP, meist Juristen und Weinexperten, haben zum öffentlichen Verhör im Mainzer Landtag, das in dieser

* Mit Staatssekretär Ferdinand Starck.



Weinbaudomäne in Marienthal: Spätlese mit Zucker und Glycerin

„Die Furcht muß den Wald hüten“, wie der Mainzer Weinbau-Ministerialdirigent Fritz Renz formulierte. Über die 41 000 Betriebe in Rheinland-Pfalz wachen 17 Weinkontrolleure. „Da erwischt man den einen oder anderen“, sagt Renz, „aber mehr als Einzelfälle sind schwerlich herauszubekommen.“

Dieses Kontrollsystem ermöglichte auch dem Kellermeister der Staatsdomäne und Landeslehranstalt Marienthal an der Ahr die volle Entfaltung seiner Fachkenntnisse. Johannes Bünnagel panschte viele tausend Liter Staatswein mit Flusigzucker, Glycerin und Unmengen schwefeliger Säure – just zu der Zeit, als sein Minister Meyer gegen die EG-Vorwürfe protestierte.

So wurde auch die Alchimistenküche an der Ahr durch Zufall, nicht durch amtliche Kontrolle entdeckt. Ein Steuerberater aus dem Schwarzwald war mit den Kreszenzen der Staatsdomäne nicht zufrieden und hatte die Flaschen nach unerfreulicher Korrespondenz mit dem Lieferanten einem befreundeten Chemiker in Hessen zur Untersuchung geschickt.

Die für Marienthal zuständige Landeszentralstelle für Weinstrafsachen in Mainz erfuhr erst durch das Fachblatt „Weinwirtschaft“, daß der kapitale Fall im Weinbauministerium „streng geheim“ bereits seit drei Monaten schlummerte. „Wer lange genug mit dieser Branche befaßt ist“, erkannte Oberstaatsanwalt Waldemar Bohr, „wundert sich über gar nichts mehr.“

Ohnehin war die Landeszentrale, von vier auf drei Staatsanwälte zurückgestutzt, im landesüblichen „Wein-Wildwest“ (so die Mainzer „Allgemeine Zeitung“) heillos überfordert. Erst jetzt,

eine Woche vor dem Zusammentritt des Untersuchungsausschusses, kündigte der Justizminister an, daß sich künftig zwölf Staatsanwälte mit Weinpanschern befassen sollen.

Genug zu tun haben sie da allemal. Bereits 1977 und 1978 zum Beispiel kamen Millionen Liter deutscher Rotweine und Weißherbste mit Amtlichen Prüfnummern auf den Markt. „Weine, die erwiesenermaßen ausländischer Herkunft waren“, weiß Carlos Schulz-Knappe. „Von wirkungsvollen Gegenmaßnahmen war nichts zu spüren.“

Den Importeuren kommt in Rheinland-Pfalz nämlich zustatten, daß Mainz die EG-Verordnung, die Begleitscheine für alle Weine vorschreibt, seit Jahren sabotiert. Vergebens rügte die Bundesregierung die fortdauernde Mißachtung geltenden Rechts.

Mal begründeten die Mainzer ihre Obstruktionen mit dem Hinweis auf unnützen Papierkrieg, mal kündigten sie „Vorbereitungen“ an, fanden dann aber die Herausgabe des Begleitschein-Erlasses, so ein interner Vermerk, „vor der Wahl nicht zweckmäßig“. Sie wollten ihre CDU-Gefolgschaft an der Mosel nicht vergrämen. Und Otto Meyer hielt die EG-Verordnung schlicht für „nicht praktikabel“.

So war es wieder ein Zufall, der den jüngsten Millionenschwindel mit importierten Auslandsweinen, die zu „Lieb-fraumilch“ oder zu „Müller-Thurgau“ ernannt wurden, ans Licht brachte. Als ein Tanklastzug voll italienischen Weines aus Versehen bei einer falschen Firma in Baden vorfuhr, gingen zwölf der Akteure, Händler und Winzer aus Rheinland-Pfalz, in U-Haft.

Eine Reihe gutgläubiger Abnehmer wartete vergebens auf ihre Weinlieferung. Darunter waren erste Adressen von Mosel und Rhein.

Solchen Einfuhrpraktiken entsprechen oft auch die Handelsbräuche bei der Ausfuhr. Trotz karger Ernten und leer-gelegten Inlandsmarkts steigt auf geheimnisvolle Weise die Exportmenge stetig – das deutsche „Exportwunder“, wie der Stabilisierungsfonds für Wein sarkastisch anmerkte.

Die Billigware freilich ist oft kaum geeignet, den Ruhm des deutschen Edelweins in Übersee zu mehren. „Das einzige, was am deutschen Weinexport noch uneingeschränkt deutsch ist“, schimpfte die „Weinwirtschaft“, „sind die Flaschen. Die Weine sind es längst nicht mehr.“

Ob der Weinverkehr durch die Einführung der Warenbegleitscheine auch in Rheinland-Pfalz besser kontrollierbar wird, könnte der Untersuchungsausschuß klären. Zugleich soll er – noch vor der Landtagswahl im kommenden März – feststellen, wer politisch für die Zustände im umstrittenen Weingewerbe verantwortlich ist.

Christdemokratische Winzerfreunde in Rheinland-Pfalz möchten in den Panscherien nur ein „existentielles Notsignal“ verelendeter Weinbauern sehen. Der Gesetzgeber sollte die Vorschriften „an die realen Bedürfnisse und Verhältnisse“ anpassen. In der Branche selbst werden solche Vorstöße skeptisch bewertet. Dann müßte, findet der „Winzerkurier“, auch das Straßenverkehrsrecht korrigiert werden: „Jeder, der schneller vorwärtskommen will, darf den Langsameren über den Haufen fahren.“

Der Untersuchungsausschuß, meint dagegen die rheinland-pfälzische CDU, könne kaum Gutes bringen. Lachende Dritte seien die Konkurrenten jenseits der Grenzen.

Ärgeres noch befürchtet die Tageszeitung „Die Rheinpfalz“. Sie fürchtet bereits, daß die Weintrinker „landauf, landab zuhauf zum Bier übergehen“.

TOURISTIK

Reserven aufgegessen

Mit dem Kreuzfahrtschiff „Astor“ will Hamburgs Flußbreeder Hadag auf in die weite Welt. Doch bevor das Schiff Geld verdient, muß der Staat zahlen.

Wir haben keine Kostenprobleme, wir haben ein Einnahmeproblem.“ Mit dieser auf den Kopf gestellten Betriebswirtschaftslehre umschiffte Jens F. K. Jacobsen, Chef der staatseigenen Hamburger Passagierschiffsfirma Hadag, peinlichere Fragen zum Stand der Geschäfte.

Denn die Geschäfte der früher ertragreichen Elbe-Reederei, die zu 99,94 Pro-